Landeshauptstadt Hannover - - Datum 14.04.2009

Einladung

zur 25. Sitzung des Ausschusses für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten am
Freitag, 24. April 2009, 14.00 Uhr, Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des AWL am 06.03.09 - öffentlicher Teil

2. Delegation von Entscheidungen über die Vergabe von Leistungen gemäß VOL und VOF bei Baumaßnahmen
(Drucks. Nr. 0751/2009)

3. Sachstandsbericht "Energie- und Abfallsparen in Schulen und Kindertagesstätten"
(Informationsdrucks. Nr. 0672/2009 mit 1 Anlage)

4. Sanierungsprogramm 2008
Sanierung und Erweiterung der Spielhalle Am Lister Kirchweg - Kostenerhöhung
(Drucks. Nr. 0817/2009)

5. Optimierung des Projektes Ökoprofit
(Informationsdrucks. Nr. 0675/2009)

6. A N T R Ä G E

6.1. Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement"
(Drucks. Nr. 0315/2009)

6.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Messe- und Kongressgeschäft in der Landeshauptstadt Hannover
(Drucks. Nr. 0757/2009)

6.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Umfrage Weihnachtsmarkt
(Drucks. Nr. 0693/2009)

6.4. Antrag der CDU-Fraktion zur Nachnutzung des EXPO-Geländes
(Drucks. Nr. 0444/2009)

6.5. Antrag der Gruppe Hannoversche Linke. zum Gartenhaus - Liegenschaft Am Judenkirchhof 11 c

(Drucks. Nr. 0540/2009)

6.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE. für ein Konzept zur Lärmminderung am Flughafen Hannover
(Drucks. Nr. 0361/2009)

6.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Anhörung zu den Zukunftskonzepten der Deutschen Messe AG und des Hannover Congress Centrums (HCC)
(Drucks. Nr. 0803/2009)

7. Bericht des Dezernenten - öffentlicher Teil

8. Anfragen

Weil

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover - - Datum 12.05.2009

NIEDERSCHRIFT

über die 25. Sitzung des Ausschusses für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten am Freitag, 24. April 2009, Rathaus, Hodlersaal

Beginn	14.00 Uhr
Ende	15.55 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsherr Hellmann	(CDU)	
Ratsherr Hanske	(SPD)	
Ratsherr Borchers	(SPD)	
(Ratsherr Emmelmann)	(CDU)	
Beigeordneter Engelke	(FDP)	
Ratsfrau Handke	(CDU)	für RH Lorenz
Ratsherr Kiaman	(CDU)	für RH Emmelmann
Ratsherr Kirci	(SPD)	
Beigeordneter Klie	(SPD)	
(Ratsherr Lorenz)	(CDU)	
Ratsherr Politze	(SPD)	
Ratsherr Putzke	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ratsfrau Studier	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Beratende Mitglieder:
Herr Behncke
(Herr Laske)
Herr Rokahr
Herr Schimke
Herr Weinel

Grundmandat:

(Ratsherr Höntsch)	(DIE LINKE.)
Ratsherr List	(Hannoversche Linke)

Verwaltung:

Erster Stadtrat Mönninghoff	(Dez. V)
Frau de Cassan	(23)
Herr Schatz	(23.1)
Frau Schneider	(23.3)
Herr Quast	(23.0)
Herr Pietzko	(Dez. III)
Frau Bethke-Wittke	(19.14)
Frau Wildermann	(67.04)
Herr Bär	(19.PPP)
Frau Hesse	(15.23)
Herr Lyke	(23.12)
Herr Bartels	(23.022)

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des AWL am 06.03.09 - öffentlicher Teil

2. Delegation von Entscheidungen über die Vergabe von Leistungen gemäß VOL und VOF bei Baumaßnahmen
(Drucks. Nr. 0751/2009)

3. Sachstandsbericht "Energie- und Abfallsparen in Schulen und Kindertagesstätten"
(Informationsdrucks. Nr. 0672/2009 mit 1 Anlage)

4. Sanierungsprogramm 2008
Sanierung und Erweiterung der Spielhalle Am Lister Kirchweg - Kostenerhöhung
(Drucks. Nr. 0817/2009)

5. Optimierung des Projektes Ökoprofit
(Informationsdrucks. Nr. 0675/2009)

6. A N T R Ä G E

6.1. Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement"
(Drucks. Nr. 0315/2009)

6.1.1. Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0315/2009 - Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement)
(Drucks. Nr. 0881/2009)

6.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Messe- und Kongressgeschäft in der Landeshauptstadt Hannover
(Drucks. Nr. 0757/2009)

6.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Umfrage Weihnachtsmarkt
(Drucks. Nr. 0693/2009)

6.3.1. Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion zur Umfrage Weihnachtsmarkt
(Drucks. Nr. 0693/2009 S1)

6.4. Antrag der CDU-Fraktion zur Nachnutzung des EXPO-Geländes
(Drucks. Nr. 0444/2009)

6.5. Antrag der Gruppe Hannoversche Linke. zum Gartenhaus - Liegenschaft Am Judenkirchhof 11 c
(Drucks. Nr. 0540/2009)

6.5.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Drucks. Nr. 0540/2009 (Gartenhaus - Liegenschaft am Judenkirchhof 11c)
(Drucks. Nr. 0838/2009)

6.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE. für ein Konzept zur Lärmminderung am Flughafen Hannover
(Drucks. Nr. 0361/2009)

6.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Anhörung zu den Zukunftskonzepten der Deutschen Messe AG und des Hannover Congress Centrums (HCC)
(Drucks. Nr. 0803/2009)

7. Bericht des Dezernenten - öffentlicher Teil

8. Anfragen

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

Vorsitzender Ratsherr Hellmann eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1.
Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des AWL am 06.03.09 - öffentlicher Teil

Ohne Aussprache einstimmig genehmigt.

TOP 2.
Delegation von Entscheidungen über die Vergabe von Leistungen gemäß VOL und VOF bei Baumaßnahmen
(Drucks. Nr. 0751/2009)

Abgesetzt, da die Drucksache noch einmal in der GOK behandelt werden soll.

TOP 3.
Sachstandsbericht "Energie- und Abfallsparen in Schulen und Kindertagesstätten" (Informationsdrucksache Nr. 0672/2009 mit 1 Anlage)

Ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

TOP 4.
Sanierungsprogramm 2008
Sanierung und Erweiterung der Spielhalle Am Lister Kirchweg - Kostenerhöhung (Drucks. Nr. 0817/2009)

Herr Schimke zeigte sich verwundert darüber, dass durch die Änderung der Tariftreuebestimmungen plötzlich Mehrkosten in Höhe von 135.000,00 € entstanden seien und bat um Erläuterung.

Herr Rokahr ergänzte, dass es merkwürdig sei, dass die Kosten gestiegen seien, obwohl die Tariftreue nicht mehr beachtet werden müsse und es sei zu fragen, wer für die Planung verantwortlich gewesen sei. Sollte ein externer Partner zuständig gewesen sein, müsse geprüft werden, in wie weit Regressforderungen in Frage kämen.

Beigeordneter Engelke stellte die Frage, warum die Gerüstvorhaltungszeit nicht pauschal abgerechnet worden sei. Die gestiegenen Kosten könnten teilweise mit einer positiveren Situation im Bausektor und gestiegenen Rohstoffpreisen erklärt werden. Des Weiteren sei zu bemerken, dass die gewählte Außenfarbe sehr gewöhnungsbedürftig sei.

Erster Stadtrat Mönninghoff erläuterte, dass es sehr selten sei, dass eine so starke Überschreitung vorliege. Es müsse akzeptiert werden, dass durch die Änderung der Tariftreuebestimmungen die Ausschreibung habe aufgehoben werden müssen, aber es sei eigenartig, wie in der kurzen Zeit ein solcher Unterschied hinsichtlich der Kosten entstehen könne. Es müsse befürchtet werden, dass durch das Konjunkturprogramm die Firmen gut ausgelastet seien und entsprechend teuer anbieten könnten.

Herr Bär erläuterte, dass die Leistung ursprünglich Anfang 2008 ausgeschrieben worden sei und sich 5 bis 7 Firmen beteiligt hätten. Nach dem Urteil zum Tariftreuegesetz sei im Mai 2008 neu ausgeschrieben worden und darauf hin seien es nur noch zwei Firmen gewesen, deren Angebote jeweils ca. 150.000,00 € teurer als zuvor gewesen seien. Die Steigerung sei mit allgemeiner Marktsituation erklärt worden.

Ratsherr Hanske merkte an, dass der Begriff „Spielhalle“ irreführend und „Sporthalle“ treffender sei.

Herr Bär führte aus, dass die Planung von einem externen Architekten durchgeführt worden sei, dessen Arbeit an vielen Stellen geprüft worden sei und der keine Schuld an den gestiegenen Kosten trage.

Auf eine entsprechende Frage von **Beigeordnetem Klie** antwortete **Herr Bär**, das keinerlei Aspekte darauf hindeuteten, dass es sich um eine Preisabsprache handele. Die Preisspiegel seien überprüft und die Gestehungskosten hinterfragt worden. Die zweite Ausschreibung sei ebenfalls aufgehoben worden, da das zweite Angebot – besonders im Vergleich zum ersten – zu hoch gewesen sei. Im Anschluss sei mit beiden Firmen freihändig nachverhandelt worden, was aber keinen Erfolg gebracht habe, da das Auftragspolster gut gewesen sei.

Ratsherr List warf die Frage auf, ob es zulässig sei, dass ein Bieter den Zuschlag bekomme, wenn am Ende keine weiteren Firmen mehr beteiligt seien, worauf **Herr Bär** erwiderte, dass ein Bieter Anspruch auf den Zuschlag habe, wenn die Rahmenbedingungen eingehalten worden seien und es einen Wettbewerb gegeben habe, sofern es für die Stadt wirtschaftlich annehmbar sei.

Beigeordneter Engelke stellte noch einmal die Frage nach dem Preis für die Vorhaltezeit des Gerüsts. Bezüglich der Farbgestaltung sei zu sagen, dass den Bürgern in vielen Bereichen Vorgaben gemacht würden und dass sich ein Gebäude der Umgebung anpassen solle, was hier nicht der Fall sei.

Ratsherr Borchers warnte davor, Farbdiskussionen zu führen, wenngleich auch der gewählte Farbton sehr kraftvoll sei und Mut zeige.

Herr Bär erläuterte, dass es intensive Diskussionen gegeben habe und man sich letzen Endes einig gewesen sei, dass an dieser Stelle eine derartige Farbe gut passe. Die Kosten für das Gerüst berechneten sich im Normalfall nach der Errichtung und einer Grundvorhaltezeit von in der Regel vier Wochen. Durch den harten Winter habe es eine Verzögerung von ca. zwei Monaten gegeben, was zu den Mehrkosten geführt habe.

Einstimmig beschlossen.

TOP 5.
Optimierung des Projektes Ökoprofit
(Informationsdrucksache Nr. 0675/2009)

Auf eine entsprechende Frage antwortete **Frau Hesse**, dass Ökoprofit ein Lizenzprodukt mit Qualitätsvorgaben sei und dass nach den neuesten Vorgaben kleinere Betriebe mit bis zu 20 Mitarbeitern für 750,00 € für die Einsteigerrunde teilnehmen könnten. Enthalten seien drei Vor-Ort-Gespräche und vier Workshops. Insgesamt machten in diesem Jahr 19 Betriebe mit, wovon sechs zu den kleineren gehörten - aktuell seien 36 im Club.

Ratsherr Putzke betonte, dass der Bericht auf einen Antrag von Rot-Grün zurückgehe, in dem bemängelt werde, dass das Projekt Ökoprofit zu exklusiv und bisher für kleinere Betriebe zu teuer und zu zeitaufwändig sei, was sich jetzt geändert habe. Angewandte Ökologie spare Geld und nütze den Unternehmen.

Herr Rokahr vertrat die Meinung, dass es wenig hilfreich sei, die Messlatte niedriger zu legen, um mehr Unternehmen teilnehmen zu lassen. Die Erfahrung zeige, dass Ökoprofit bei den Kleinunternehmen nicht gerade der Renner sei und eher als Auslaufmodell zu bezeichnen sei. Es müsse auf andere Themen wie Energieeffizienz gesetzt werden und Ökoprofit als Energielabel habe sich am Markt nicht durchgesetzt. Trendsetter sei die 14001 und man müsse sich fragen, ob Ökoprofit noch das richtige Investment aus Steuermitteln sei. Die Klimaschutzagentur arbeite am Thema Energieeffizienz und auch Ökoprofit beschäftige sich am Rande damit – das müsse koordiniert werden.

Erster Stadtrat Mönninghoff wies darauf hin, dass eine Koordination stattfinde und man könne in einem Jahr, in dem sich 19 Betriebe neu angemeldet hätten, nicht von einem Auslaufmodell sprechen.

Ratsherr Putzke führte aus, dass nicht die Messlatte tiefer gehängt werden solle, sondern

es solle kleineren Betrieben die Einstiegshürde herabgesetzt werden. Der Ansatz von Ökoprofit mit den Themen Ressourcenschonung und Abfallvermeidung sei breiter als der Ansatz der Klimaschutzagentur.

Herr Rokahr gab zu bedenken, dass man bei 19 neuen Unternehmen nicht von Breitenwirkung sprechen könne und dass viele Unternehmen diese Themen auch in Eigenregie angehen könnten. Es werde die Frage gestellt, welche Kosten in den 35.000,00 € pro Jahr enthalten seien, worauf **Erster Stadtrat Mönninghoff** erwiderte, dass es sich um die Kosten für die externen Büros handele.

Zur Kenntnis genommen.

TOP 6.
A N T R Ä G E

TOP 6.1.
Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement" (Drucks. Nr. 0315/2009)

Einstimmig beschlossen.

TOP 6.1.1.
Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0315/2009 - Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement) (Drucks. Nr. 0881/2009)

Ratsherr Putzke erklärte, dass man für fair gehandelte Produkte durchaus mehr bezahlen müsse. Ökologie zum Nulltarif funktioniere nicht und das billigste Produkt könne nicht das beste sein.

Ratsherr Kiaman stellte den Antrag vor und hob hervor, dass der Antrag als ergebnisoffener Prüfauftrag zu verstehen sei. Viele Eltern hätten schon jetzt mit finanziellen Belastungen zu kämpfen und um einen weiteren, wenn auch nicht sehr großen Kostenfaktor zu vermeiden, müsse Kostenneutralität vorliegen.

Ratsherr List warnte davor, das Essengeld zu erhöhen und daher müsse der CDU-Antrag mit einfließen.

Beigeordneter Engelke erinnerte daran, dass nicht alle Familien gut betucht seien und darüber hinaus davon auszugehen sei, dass die Schulen und Kindergärten qualitativ gute Produkte anböten. Hier werde nach grünem Denken über das Geld der Eltern entschieden und daher werde dem CDU-Antrag zugestimmt.

Ratsherr Hanske zeigte sich verwundert darüber, dass in einem Land, in dem es Studiengebühren gebe, über die Preise von fairem Essen gestritten werde. Der CDU-Antrag sei kein Prüfauftrag, sondern beinhalte die Forderung nach einem Umsetzungskonzept und der Antrag sei eher ein Verhinderungsantrag, da jedem klar sein dürfte, dass faire Produkte mit höheren Kosten verbunden seien.

Ratsherr Putzke wies darauf hin, dass es nicht darum gehe, alle Produkte zu verteuern und

überall Bio einzukaufen. Vielmehr handele es sich um vernünftig erzeugte Produkte, deren Qualität sich am Ende meist gar nicht von den herkömmlichen Waren unterscheide. Es gehe um Verzicht auf Kinderarbeit und Lohnsklaverei und das müsse zwangsläufig nicht zu höheren Preisen führen. Es sei natürlich schwierig, den Produktionsweg genau nachzuvollziehen, aber dann müsse man sich teilweise auf die vorgelegten Zertifikate verlassen.

Ratsherr List ging davon, dass bereits jetzt faire und ökologisch einwandfreie Waren angeboten würden und man sich keinen Preisanstieg erlauben könne.

Erster Stadtrat Mönninghoff machte deutlich, dass es nicht um die Erhöhung des Essengeldes gehe, sondern um die Prüfung, wie sich faire Produkte auf die Preise auswirkten.

Ratsherr Putzke betonte, dass nicht nur Lebensmittel, sondern alle möglichen Waren betroffen seien.

Ratsfrau Handke warf die Frage auf, warum die Verwaltung noch nicht selbst auf die Idee gekommen sei, faire Produkte mit aufzunehmen, da diese bereits seit Jahrzehnten erhältlich seien.

4 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen.

TOP 6.2.
Antrag der CDU-Fraktion zum Messe- und Kongressgeschäft in der Landeshauptstadt Hannover
(Drucks. Nr. 0757/2009)

Ratsherr Kiaman stellte den Antrag vor und hob hervor, dass es sich um einen Prüfauftrag handele, dessen Ergebnis auch sein könne, dass die Synergieeffekte minimal seien und der Ansatz nicht weiter verfolgt werden müsse.

Ratsherr Hanske erklärte, dass der Antrag den Eindruck vermittle als solle das HCC abgeschrieben werden. Das HCC sei mit nicht unerheblichem Aufwand optimiert worden und zeige sich jetzt gut aufgestellt. Es sei durchaus eine Konkurrenzsituation zwischen Messe und HCC zu erkennen, aber insgesamt sei die Schnittmenge doch sehr gering. Der Messeplatz Hannover sei zwar der stärkste in Deutschland, aber trotzdem werde nach weiteren Betätigungsfeldern Ausschau gehalten. Das HCC sei ein eigener Veranstaltungsort mit eigenem Charakter und vielschichtiger Nutzbarkeit.

Ratsherr Putzke unterstrich, dass die Antragspunkte entweder undurchführbar oder bereits durchgeführt seien. Der Inhalt sei bereits einige Male geprüft worden und dass es keine Kooperation gebe, liege daran, dass die Messe keine Bereitschaft zeige.

Ratsherr Kiaman stellte fest, dass es tatsächlich einige Verbesserungen beim HCC gegeben habe, aber die Rahmenbedingungen hätten sich geändert und die Gesprächsbereitschaft seitens der Messe sei erkennbar gestiegen. Es gehe um einen ergebnisoffenen Prüfauftrag, der sowohl nach der einen als auch nach der anderen Seite ausschlagen könne.

Beigeordneter Engelke wies darauf hin, dass die Punkte 1 und 4 widersprüchlich seien und

darüber sei zu betonen, dass die Messe AG in Zeiten schlechterer finanzieller Lage nicht mehr die Arroganz an den Tag lege, die vorher noch zu erkennen gewesen sei.

Seit Herr König im HCC tätig sei, könne von erkennbaren Verbesserungen gesprochen werden. Das HCC könne den Markt kleinerer, zentrumsnaher Kongresse bedienen, was die Messe nicht biete. Dem Antrag werde daher nicht zugestimmt.

3 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen.

TOP 6.3.
Antrag der CDU-Fraktion zur Umfrage Weihnachtsmarkt
(Drucks. Nr. 0693/2009)

Ratsfrau Handke bezog sich auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung und zog den Antrag zurück.

TOP 6.3.1.
Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion zur Umfrage Weihnachtsmarkt
(Drucks. Nr. 0693/2009 S1)

Zur Kenntnis genommen.

TOP 6.4.
Antrag der CDU-Fraktion zur Nachnutzung des EXPO-Geländes
(Drucks. Nr. 0444/2009)

Ratsfrau Handke stellte den Antrag vor und hob hervor, dass ein Konzept erstellt werden müsse, das gewährleiste, über ein derart großes Gelände optimal verfügen zu können.

Beigeordneter Klie bemerkte, dass die Ausführungen nur teilweise zutreffend seien, da es zwischenzeitlich den Beschluss gegeben habe, Einzelhandel auf einem beschränkten Streifen zuzulassen. Nutzungskonzeptänderungen beschäftigten zwar die Verwaltung, brächten jedoch nicht zwangsläufig neue Kunden. Es sei richtig, an dem Konzept des exklusiven und hochpreisigen Angebots festzuhalten und daher sei eine Nutzungsänderung nur in Einzelfällen sinnvoll und müsse genau geprüft werden.

Ratsherr Hanske ergänzte, dass die bisherigen Änderungen nicht innenstadtrelevant seien und nur in Einzelfällen an ausgewählten Stellen Einzelhandel zugelassen werde. Zukünftig sei es vorstellbar, an der einen oder anderen Stelle etwas zu ändern, aber besonders wichtig sei es, einen langen Atem bei der Vermarktung von Gewerbeflächen zu haben. Es dürfe nicht aus den Augen verloren werden, die Entscheidungen für den gesamten Wirtschaftsstandort Hannover zu treffen und nicht den Verlockungen zu erliegen, billig zu verkaufen, um möglichst schnell volle Auslastung vermelden zu können.

Ratsfrau Handke zeigte sich verwundert darüber, dass die SPD ausgerechnet in diesem Fall kein Neukonzept wünsche, wo doch sonst an jeder Stelle Konzepte gefordert würden. Die Attraktivität solle erhöht werden und dafür sei eine Prüfung notwendig.

Ratsherr Putzke erklärte, dass die Grünen gegen die EXPO gewesen seien und nun müsse

die Zeche bezahlt werden. Des Weiteren sei in Richtung CDU zu fragen, ob der Antrag mit den CDU-Vertretern im Aufsichtsrat von Union Boden abgesprochen sei, da der Antrag und die Ausführungen eine Vielzahl von Un- und Halbwahrheiten enthalte. Decathlon sei schon immer als Einzelhandel im Bebauungsplan zugelassen gewesen und IKEA befinde sich außerhalb des Geländes. Keinem Menschen sei in den Sinn gekommen, Ferrari nicht zuzulassen und die einzige Ausnahme sei Möbel-Staude, was aber nicht als komplette Konzeptänderung bezeichnet werden könne. So ein Gelände brauche seine Zeit und die ursprünglich geplante IT-Nutzung sei durch das Platzen der IT-Blase zum Teil überholt worden und trotzdem seien viele Flächen vernünftig vermarktet worden und andere Teile wiederum befänden sich in privater Hand, so dass keine Zugriffsmöglichkeit gegeben sei.

Ratsherr Hanske wies darauf hin, dass die Flächen nicht brach liegen gelassen würden, sondern es finde eine Vermarktung zu guten Preisen statt und zusätzlich stimme die Qualität, das dürfe nicht verwässert werden. Das Gebiet habe Potenzial und es sei weiterhin denkbar, auch die Clusterbildung voranzutreiben.

3 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen.

TOP 6.5.
Antrag der Gruppe Hannoversche Linke. zum Gartenhaus - Liegenschaft Am Judenkirchhof 11 c
(Drucks. Nr. 0540/2009)

Ratsherr List bezog sich auf den zurückgezogenen Antrag der CDU und vertrat die Meinung, dass Punkt zwei inhaltlich dem eigenen Antrag ähnle. Im Anschluss begründete **Ratsherr List** den Antrag und betonte, dass der Verein in der Vergangenheit ein immenses soziales Engagement gezeigt habe. Der Ankauf des Grundstücks biete der Stadt aus kulturhistorischen Gründen eine seltene Gelegenheit, ein Baudenkmal zu erhalten und gleichzeitig etwas für die iranische Bibliothek zu tun.

Beigeordneter Engelke führte aus, dass zu den sinnfreien Erläuterungen des Antrags keine Stellung genommen werde und dass der Antragsteller anscheinend nicht einmal wisse, wo sich das Objekt befinde. Das Gebäude sei in einem derart desolaten Zustand, dass ein Ankauf definitiv nicht in Frage komme.

Ratsherr Kirci erklärte, dass es sich bei den handelnden Akteuren um Revoluzzer im Alter von ca. 60 Jahren handele, die es in 30 Jahren nicht geschafft hätten, aus dem Gebäude etwas zu machen. Bei einer Einladung in der Funktion als Bezirksbürgermeister sei er (Sprecher) als „Sozialistenschwein“ beschimpft worden, was für die Art des Umgangs spreche. Der Vorstand wechsle des Öfteren und die Vorstandssitzungen seien durch die Anwesenheit der Polizei gekennzeichnet. In der Nordstadt gebe es eine Vielzahl sozialer Vereinigungen, die viele positive Dinge bewegt hätten, der hier erwähnte Verein gehöre mit Sicherheit aber nicht dazu. Als Beispiel für den geistigen Zustand sei die Aussage zu erwähnen, dass Autos in der Nordstadt ähnlich wie in Paris brennen müssten, wenn Proteste keinen Erfolg hätten. Dieser Verein dürfe nicht unterstützt werden, insbesondere, weil hier der Eindruck erweckt werden solle, dass es sich um eine karitative Einrichtung handele, was absolut nicht zutreffe. Um die iranische Bibliothek kümmere sich die Stadt, was dem **Ratsherrn List** auf jedem Fall bekannt sein müsse, da er in der entsprechenden Sitzung anwesend gewesen sei.

Ratsherr List unterstrich, dass der Verein seit 1976 ohne städtischen Zuschuss gearbeitet und das Haus restauriert habe. Die lässigen Bemerkungen passten selbstverständlich in das

soziale Gesichtsfeld der FDP und auch teilweise der SPD. Entscheidend sei, dass sich das Grundstück in einer schönen Lage befinde und es sei eine Sünde, wenn auf die historischen Bezüge keine Rücksicht genommen werde. Dass das von **Ratsherrn Kirci** nicht zu erwarten sei, überrasche nicht, aber man schulde es der jüdischen Gemeinde, ihre Interessen zu wahren. Es würden soziale und wirtschaftliche Aspekte außer Acht gelassen werden, wenn die Gelegenheit, mit dem Land zu verhandeln und das Gebäude zu erhalten, verpasst werde.

Einstimmig abgelehnt.

TOP 6.5.1.
Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Drucks. Nr. 0540/2009 (Gartenhaus - Liegenschaft am Judenkirchhof 11c)
(Drucks. Nr. 0838/2009)

Zurückgezogen.

TOP 6.6.
Antrag der Fraktion DIE LINKE. für ein Konzept zur Lärmminderung am Flughafen Hannover
(Drucks. Nr. 0361/2009)

Ohne Aussprache einstimmig abgelehnt.

TOP 6.7.
Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Anhörung zu den Zukunftskonzepten der Deutschen Messe AG und des Hannover Congress Centrums (HCC)
(Drucks. Nr. 0803/2009)

Ratsherr Hanske wies darauf hin, dass es eine entsprechende Veranstaltung im Finanzausschuss geben werde und schlug vor, die Anhörung in gemeinsamer Sitzung durchzuführen.

Ratsherr Borchers schloss sich den Worten an, betonte aber, dass man intelligent terminieren müsse.

Erster Stadtrat Mönninghoff gab zu bedenken, dass über den Antrag von Die Linke. abgestimmt werden und darüber hinaus müsse beachtet werden, dass der Vorstand der Messe AG in den Finanzausschuss kommen werde und dass dafür am Anfang des Finanzausschusses eine gemeinsame Sitzung mit dem AWL und dem Werksausschuss HCC stattfinden solle, in der die Kapitalerhöhungsdrucksache der Verwaltung behandelt werde.

Ratsherr Hanske sprach sich ebenfalls dafür aus und unterstrich, dass die Juni-Sitzung dafür ausreiche, da bis dahin eine inhaltliche Aufstellung erfolgen könne.

Einstimmig abgelehnt.

TOP 7.
Bericht des Dezernenten - öffentlicher Teil

Erster Stadtrat Mönninghoff bezog sich auf eine der vergangenen Sitzungen und erklärte, dass es die These eines Ratsherrn gegeben habe, dass Mittel aus dem Konjunkturprogramm II für die Breitbandverkabelung verwendet werden sollten, insbesondere, was den EXPO-Park betreffe. Nach Prüfung sei zu vermelden, dass von 197 Anliegern 195 an Glasfaserbreitbandkabel angeschlossen seien und der Rest bisher kein Interesse gezeigt habe.

Beigeordneter Engelke führte aus, dass viele Anlieger - auch Gewerbetreibende - nur DSL 1000 zur Verfügung gestellt bekommen hätten und in manchen Wohngebieten DSL 6000 bereitstehe.

Erster Stadtrat Mönninghoff ergänzte, dass diese Information zwar zutreffen könne, aber die Voraussetzungen für Breitband gegeben seien und somit keine Mittel aus dem Konjunkturprogramm abgefordert werden könnten.

Beigeordneter Klie erläuterte, dass Breitbandverkabelung nur das erwähnte DSL 1000 beinhalte. Am Kronsberg habe es kein Verkabelungsproblem gegeben, da das Gebiet sehr modern angebunden gewesen sei und die Anlieger unbedingt DSL haben wollten, was aber nicht umsetzbar gewesen sei, weil DSL zunächst nur über Kupfer und nicht über Lichtwellenleiter zu realisieren gewesen sei. Erst vor ein paar Jahren habe die Telekom umstellen können und seitdem gebe es sehr schnelle Verbindungen.

Erster Stadtrat Mönninghoff berichtete darüber, dass **Ratsherr Emmelmann** in der letzten Sitzung die Behauptung aufgestellt habe, dass der Oberbürgermeister die Unwahrheit gesagt habe, in dem er zusagt habe, die Wertgrenzen bei Ausschreibungen umzusetzen und dies nicht geschehen sei.

Richtig sei, dass das RPA vor zwei Jahren Bedenken gegen die Erhöhung der Wertgrenzen gehabt habe, die zurückgestellt worden seien und daraufhin einvernehmlich die Wertgrenzenerhöhung vorgenommen worden sei.

Zur Kenntnis genommen.

TOP 8.
Anfragen
Ratsherr Hanske verlas einen Antrag der SPD-Fraktion zur Durchführung einer Anhörung:

„Anhörung zum Thema: Zukunft der Gilde-Brauerei

Die Anhörung im AWL soll Auskunft darüber geben, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden können, um für die Gilde-Brauerei am Standort Hannover ein tragfähiges Konzept für die Zukunft zu erarbeiten.

Einzuladen sind:

- Dr. Stefan Lustig, technischer Leiter Inbev
- Prof. Dr. Claus-Peter Wiedmann, Leibniz Universität
- Frank Heinz, stv. Betriebsratsvorsitzende der Gilde Brauerei AG
- Claus-Harald Guester, NGG“

Beigeordneter Engelke betonte, dass es normalerweise so sei, dass man dem Antrag zur Durchführung einer Anhörung zustimme, aber in diesem Fall sei es problematisch, da der

Oberbürgermeister sich bei dem Thema sehr weit aus dem Fenster gelehnt habe und der Antrag dem zuwiderlaufe. Manchmal sei es besser, wenn Dinge nicht öffentlich diskutiert würden und wenn es um zukünftige Konzepte von Investoren gehe, könne genauso gut ein Antrag zur Conti, zur Hanomag oder zur Herrenhäuser Brauerei gestellt werden. Bei dieser Abstimmung werde nicht mit abgestimmt – sich also auch nicht enthalten.

Erster Stadtrat Mönninghoff wies darauf hin, dass ein Drittel der Stimmen des Ausschusses ausreiche und dass innerhalb von ca. 14 Tagen noch weitere Anzuhörende benannt werden könnten.

Zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender Ratsherr Hellmann schloss die Sitzung um 15.55 Uhr.

gez. Mönninghoff gez. Bartels

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In die Geschäftsordnungskommission
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 0751/2009
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Delegation von Entscheidungen über die Vergabe von Leistungen gemäß VOL und VOF bei Baumaßnahmen

Antrag,
der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister die Zuständigkeit für Entscheidungen über die Vergabe von Leistungen im Sinne der VOL und VOF zu übertragen, soweit diese Leistungen im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen, es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt und soweit der zuständige Fachausschuss oder die vom Stadtentwicklungs- und Bauausschuss eingesetzte Vergabekommission vorher zugestimmt haben.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Gender-Aspekte sind nicht berührt.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Begründung des Antrages
Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 12. April 1972 beschlossen, der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister die Entscheidung über die Vergabe von Bauleistungen zu übertragen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt und soweit der Bauausschuss (bzw. jetzt - insbesondere in Angelegenheiten des Gebäudewirtschaftsbetriebes - der Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten) oder die von ihm eingesetzte Vergabekommission vorher zugestimmt haben.

Die vorgenannte Regelung bezieht sich ausschließlich auf Bauleistungen. Gemäß § 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teil A (VOB/A) sind Bauleistungen Arbeiten jeder Art, durch die eine bauliche Anlage hergestellt, instand gesetzt, geändert oder beseitigt wird.

Leistungen nach der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) und der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) sind keine Bauleistungen in dem Sinne dieses Beschlusses. Das führt dazu, dass über die Vergabe von Bauleistungen der Oberbürgermeister, über die Vergabe anderer Leistungen im selben Zusammenhang – insbesondere die Vergabe von Planungsleistungen – der Verwaltungsausschuss entscheidet.

Um getrennte Entscheidungsverfahren zu vermeiden und die Abwicklung von Baumaßnahmen zu beschleunigen, schlägt die Verwaltung vor, der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister auch die Entscheidung über die Vergabe von Leistungen im Sinne der VOL und VOF zu übertragen, soweit diese Leistungen im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen, es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt und soweit der zuständige Fachausschuss oder die vom Stadtentwicklungs- und Bauausschuss eingesetzte Vergabekommission vorher zugestimmt haben.

Die rechtliche Zulässigkeit dieser Delegation ergibt sich aus § 57 Abs. 4 Nds. Gemeindeordnung.

32.5
Hannover / 27.04.2009

Landeshauptstadt Hannover

Informations-
drucksache

In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Jugendhilfeausschuss
In den Schulausschuss

Nr. 0672/2009
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

Sachstandsbericht "Energie- und Abfallsparen in Schulen und Kindertagesstätten"

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fördert mit folgenden Beschlüssen einen ressourcenschonenden Umgang mit Energie und Abfall in Bildungseinrichtungen.

- **Energiesparen: Beschlussdrucksache 104/2006, Beschlussdrucksache 0727/2006**
- **Abfall: Beschlussdrucksache 3019/1997**, **Informationsdrucksache 2343/2002, Drucksache 2523/2004**

Die Verwaltung berichtet hiermit über den Sachstand:

1. Zusammenfassung

A. Energie
In den 88 Schulen und 72 Kitas, die sich an dem Einsparprogramm beteiligen, werden jährlich ca. 500.000 € durch geringeren Energieverbrauch eingespart. Insgesamt wurden seit Start des Programms im Jahr 1994 5,3 Mio. € eingespart und durch die nicht verbrauchte Energie wurden mehr als 28.000 t CO_2 vermieden.

B. Abfall
Zum Projektstart 1996 stand an allen Schulstandorten ein Restabfallbehältervolumen von 33.800 m³ zur Verfügung - heute sind es noch ca. 14.000 m³.
Bei den heutigen Kosten bedeutet dies eine jährliche Einsparung von 830.000 €.

Informationen im Einzelnen:

Energiesparen in Schulen und Kindertagesstätten durch umweltbewusstes Verbraucherverhalten (Berichtszeitraum 2006-2008)

Zuständig für die Umsetzung ist im Fachbereich Gebäudemanagement das Sachgebiet Energiemanagement.

Die LHH unterstützt Schulen und Kindertagesstätten (Kitas) mit den Projekten „GSE – Gruppe schulinternes Energiemanagement“ (seit 1994) und „KliK – Klimaschutz in Kindertagesstätten“(seit 1998) in zurzeit 88 Schulen und 72 Kitas dabei, durch umweltbewusstes Verbraucherverhalten Energie zu sparen. Ziel ist sowohl eine Kostenreduzierung als auch die Vermeidung von CO_2-Emissionen.

Die Einsparungen werden nicht durch Investitionen sondern ausschließlich durch Verhaltensänderungen der NutzerInnen sowie organisatorische Maßnahmen und kleinere technische Maßnahmen (z.B. schaltbare Steckerleisten) erreicht.

Als Anreiz für die Teilnahme fließen 30 % der eingesparten Energiekosten als Prämie zur freien Verfügung in die Einrichtung zurück. Sie wird zum größten Teil für die weitere pädagogische Arbeit genutzt (z.B. Anschaffung von pädagogischen Materialien, Schulhofumgestaltung, Ausweitung der Solarenergienutzung, Unterstützung von Schülerfirmen). Außerdem stehen aus den Einsparungen jährlich 250.000 € für zusätzliche kleinere bis mittlere investive Energiesparmaßnahmen, die sonst aufgrund der Haushaltslage nicht umgesetzt worden wären, und die Projektbetreuung zur Verfügung. Im Berichtszeitraum wurden daraus unter anderem eine Beleuchtungssanierung in der Sophienschule und einige hydraulische Abgleiche von Heizungsanlagen vorgenommen.

Die Projektteilnahme ist freiwillig. Aufgrund des Anreizsystems können nur Einrichtungen teilnehmen, für die die LHH die Energie- und Wasserkosten trägt. Das betrifft alle 110 öffentlichen Schulen und rund 100 Kitas. Aktuell werden bereits 80 % der Schulen und rund 75 % der Kitas mit den Projekten erreicht. Zur pädagogischen Projektunterstützung für Kitas und Kinder in Grund- und Förderschulen wird in Kooperation mit dem Fachbereich Umwelt und Stadtgrün zurzeit eine Energiekiste mit Experimenten entwickelt, die auch Kitas im Stadtgebiet, die nicht am Projekt teilnehmen können, zur Verfügung gestellt wird.

Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen verläuft in beiden Projekten unterschiedlich:
Die Anzahl der Kitas steigt kontinuierlich jedes Jahr um durchschnittlich 3 Teilnehmer, die nach dem bewährten Projektkonzept betreut werden. Im Jahr 2008 haben die Kitas Eichsfelder Str., Wagener Str. und Hudeplan mit dem Projekt begonnen. In 2009 beginnt die Betreuung der ersten Passivhauskita Große Pranke, die bereits im alten Gebäude teilgenommen hat.

Die Anzahl der Schulen hat sich bis 2008 dagegen hauptsächlich durch zahlreiche Schulreformen (z.B. Zusammenlegungen HRS) geändert. Im Jahr 2008 wurde das Betreuungskonzept für die Erstbetreuung der Schulen an die neuen Rahmenbedingungen angepasst. Anstatt einer Gruppenbildung von Schulen, die in gemeinsamen Seminaren ihr eigenes pädagogisches Energiesparkonzept entwickeln und nach eigenem Zeitplan umsetzen, wurde eine intensive Vor-Ort Betreuung eingerichtet. Die Schulen werden jetzt individuell in ihrem Gebäude bei der Durchführung von Energierundgängen, der Maßnahmenfestsetzung und der pädagogischen Einbindung betreut. Dadurch erhöht sich der Zeitaufwand für die BetreuerInnen. Gleichzeitig wird die zeitnahe und zielgerichtete

Maßnahmenumsetzung in den Schulen erleichtert. Diese Änderung wird von den Schulen

gut angenommen. Seit der Heizperiode 2008/9 nehmen 14 neue Schulen teil. Hinzu kommen vier Schulen, die zwar seit den 90er Jahren am Projekt teilnehmen, aber für die aufgrund von umfangreichen Sanierungen und strukturellen Änderungen ein Neustart sinnvoll war.

Die Betreuung der neuen Teilnehmer wird zu 80 % vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Rahmen der Klimaschutzinitiative gefördert. Insgesamt wurden Fördermittel für die Projektdurchführung in 20 Schulen bis 2010 in Höhe von 44.400 € bewilligt. Falls die Anzahl von 20 Schulen in 2009 überschritten wird, wird die Verwaltung eine Aufstockung beim BMU beantragen.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Einsparungen erzielt:

2006:	**Kosten:**	**CO_2-Emissionen:**
Schulen:	336.299 €,	1.558 t
Kitas:	76.122 €,	297 t
Summe:	**412.421 €,**	**1.855 t**

2007		
Schulen:	420.618 €,	1.676 t
Kitas:	85.141 €,	288 t
Summe:	**505.759 €,**	**1.964 t**

Gesamtergebnis seit Projektbeginn

Schulen (seit 1994):	4.821.365 €,	26.272 t CO_2
Kitas (seit 1999):	502.199 €,	1.835 t CO_2
Summe:	**5.323.564 €,**	**28.108 t CO_2**

Weiterentwicklung

Für das Jahr 2009 ist unter Einbeziehung der Betroffenen eine Modifizierung des Anreizsystems für alle nichtinvestiven Energiesparprojekte in Vorbereitung.

Darüber hinaus bietet sich aufgrund der Relevanz für den Klimaschutz an, die Angebote zum Ressourcenschutz zu verknüpfen (siehe unter Kap. 3. „Ausblick“).

ERFOLGREICH ABFALLARM – pädagogische Maßnahmen zur Umsetzung von Abfalltrennung und –vermeidung.

Zuständig für die Umsetzung ist im Fachbereich Umwelt und Stadtgrün das Sachgebiet Umweltkommunikation.

Das Programm „ERFOLGREICH ABFALLARM“ besteht aus folgenden Projektbausteinen:

1. Abfallberatung zu Abfalltrennung und –vermeidung/Anreizsystem
2. „Papierwende"
3. „Die Natur kennt keine Abfälle“

2. Berichtszeitraum: 2006-2008

2.1. Beratung zu Abfalltrennung und –vermeidung/Anreizsystem.

Ziel ist es, durch organisatorische und pädagogische Maßnahmen die Restabfallmenge zu reduzieren. Hierfür wurden folgende Bausteine entwickelt, die zu Projektbeginn verpflichtend von allen Schulen durchgeführt wurden: Müllcheck zur Optimierung des Behältervolumens, Abfalltrenngefäße für die Klassenzimmer und Schulung von Hausmeister- und Reinigungspersonal. Ergänzt wurden die Maßnahmen durch Unterrichtsanregungen sowie einem Wettbewerb, der das finanzielle Anreizsystem ablöste.

Durchgeführte Maßnahmen im Berichtszeitraum:

- Müllcheck:
  Die Schulen konnten weiterhin auf Anfrage eine Beratung zur Abfalltrennung, inklusive der Bestellung von Sammelbehältern für die Klassenzimmer erhalten. Dies wurde nur noch vereinzelt wahrgenommen.

- Wettbewerb 2006**:**
  Seit 2004 führt die Stadt Wettbewerbe durch, der 2006 gemeinsam mit dem Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) für alle Schulen der Region ausgelobt wurde. 2006 wurden 28 Beiträge eingereicht. In der Stadt Hannover erhielten sechs Schulen Prämien in einer Höhe von insgesamt 4.500 Euro.

- Abfallwerkstätten:
  Im Berichtszeitraum nahmen an den Werkstätten in Kooperation mit der Werk-statt-Schule e.V. etwa 900 SchülerInnen teil.

- Pilotprojekt „Mehr Sauberkeit in Vahrenwald“ – Projektwoche der Grundschule Alemannstraße:
  In Kooperation mit dem Figurentheater Theatrio und der Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) wurde eine Müllrevue entwickelt. Daran beteiligten sich ca. 60 Kinder aus drei Klassen der Grundschule Alemannstraße. Unterstützt wurde die Projektwoche vom Wirtschaftsforum Vahrenwald. Es ist geplant, dass das Projekt ab 2009 auch in anderen Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten durchgeführt wird.

2.2. „Papierwende“

Der Wertstoff Papier hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Ziel ist es, die Verwendung von Recyclingpapier in den Schulen zu fördern und so zum Ressourcenschutz beizutragen.

Durchgeführte Maßnahmen:

- Einschulungsaktion:
  Von 1999 bis 2006 erhielten die Erstklässler bei ihrer Einschulung eine Brotdose, um eine Alternative zu Einweg-Verpackungen aufzuzeigen. Diese Aktion wurde 2007 ersetzt durch die Bereitstellung von Schulheften aus Recyclingpapier mit dem Blauen Engel. Grund- und FörderschullehrerInnen können jeweils drei Exemplare für ihre SchülerInnen direkt beim Fachbereich Umwelt und Stadtgrün bestellen. Zum Schuljahresbeginn 2007/2008 sowie zum Schuljahrsbeginn 2008/2009 wurden die Startpakete mit Informationen rund um das Thema Recyclingpapier an über 60 Schulen bzw. an über 4.000 SchülerInnen überreicht.
- Papier-Werkstätten:
  In Kooperation mit der Bürgerinitiative Umweltschutz e.V, der Werk-statt-Schule e.V.

und aha erhielten im Berichtszeitraum ca. 6.000 Kinder und Jugendliche im Rahmen von erlebnisorientierten Projektvormittagen bzw. Umweltbildungsveranstaltungen Informationen über die globalen Auswirkungen unseres Papierverbrauchs sowie praktische Handlungsempfehlungen zur Verwendung von Recyclingpapier.

- Veröffentlichungen:
  - Faltblatt „Papierwende – Schützt die Wälder unserer Erde – Angebote für Schulen“.
  - Handreichung Papier (in Arbeit).
  - Recyclingpapier – Schulhefte, Schreibblöcke, Hygienepapier - Einkaufsführer (in 2008 aktualisiert).
  - Stundenplan mit Elterninformationen.
  - Informationsmappe für Lehrkräfte.

- Wanderausstellung Papier in Kooperation mit aha (in Vorbereitung).

Zukünftiges Ziel wird es sein, die stadtverwaltungsweite Einsatzquote von Recyclingpapier von über 90 % auch im Verwaltungsbereich der Schule zu erreichen.

2.3. „Die Natur kennt keine Abfälle“

Ziel ist es, organische Abfälle als natürlichen Wertstoff zu begreifen und Anregungen zur Verwendung des Kompostes zu geben.

Durchgeführte Maßnahmen:

- Wettbewerb „Wer hat den dicksten Kürbis“ 2007:
  Teilnahme von 5.500 Kindern aus 104 Kindergärten und Kindertagesstätten der Region Hannover.

- Kompostwerkstätten:
  Im Berichtszeitraum nahmen an den Werkstätten in Kooperation mit der Werk-statt-Schule e.V. etwa 1.175 SchülerInnen teil.

- Veröffentlichungen:
  LehrerInnen-Handreichung „Die Natur kennt keine Abfälle“ für Kita, GS, FöS (zur Zeit Aktualisierung und Neuauflage).

Zu Projektstart 1996 stand insgesamt an allen Schulstandorten ein Restabfallbehältervolumen von 33.776 m³ zur Verfügung, aktuell liegt das Restabfallvolumen bei 14.000 m³ im Jahr. Aufgrund von Zusammenlegungen von Schulen, der Abschaffung der Orientierungsstufe, der Einführung von Ganztagsschulen sowie der Einführung von Mittagsverpflegung hat sich das Abfallaufkommen in den letzten Jahren stark geändert, sodass eine geeignete Basis zur mengenmäßigen Bewertung des Projekterfolges schwierig zu bestimmen ist. Nach den vollzogenen Umstrukturierungen ist es daher geplant, die im Rahmen von ERFOLGREICH ABFALLARM erhobenen Abfallmengen bzw. Abfallreduzierungen erneut zu überprüfen. Das Anreizsystem soll zusammen mit dem Anreizsystem im Bereich Energie neu organisiert werden (siehe unten).

3. Ausblick 2009

Ziel ist eine Bündelung der Aktivitäten im Bereich Ressourcen- und Klimaschutz (Energiesparen, Abfalltrennung und –vermeidung, Nutzung von Recyclingpapier…) und damit einhergehend eine Zusammenfassung der Anreizsysteme.

Die Verwaltung (OE 19.14, OE 67.04) wird dazu im Laufe des ersten Halbjahres 2009 ein Konzept „Klima-Allianz-Schule“ mit den KooperationspartnerInnen (Werk-statt-Schule e.V., Bürgerinitiative Umweltschutz e. V., Enercity, SchulvertreterInnnen etc.) erarbeiten. Der Begriff „Klima-Allianz-Schule“ lehnt sich ganz bewusst an das Klimaschutzaktionsprogramm „Klima-Allianz Hannover 2020“ an, dessen Maßnahmenbündel auch den Ressourcenschutz an Schulen sowie begleitende pädagogische Maßnahmen beinhaltet.

Es soll eine „Dachmarke“ entstehen, für die sich die Schulen bewerben können. Wenn sie sich in den Bereichen Energieeinsparung und Abfallreduzierung / Erhöhung Recyclingpapierquote engagieren, können sie das Label „Klima-Allianz-Schule“ erhalten und mit der Auszeichnung werben. Das Label ist verbunden mit einem neuen Anreizsystem, das zurzeit entwickelt wird.

Neben diesen Mindestanforderungen können in einem zweiten Schritt weitere klima- bzw. ressourcenrelevante Kriterien erarbeitet werden, die zur Anerkennung einer „Premiumstufe“ des Labels führen (z.B. Betrieb einer nachhaltigen Schülerfirma, Angebot von Biokost bzw. regionalen Produkten in der Mensa, Umsetzung von umweltfreundlichen Mobilitätskonzepten, Nutzung regenerativer Energien).

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Durch die Projekte zum Ressourcenschutz werden Gender-Aspekte nicht berührt. Die Projekte richten sich gleichermaßen an Mädchen und Jungen.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

19.14
Hannover / 23.03.2009

Einsparungen durch Nichtinvestive Energiesparprojekte in Schulen[1] und Kitas

			EINSPARUNG			VERWENDUNG		
Jahr	Projekt	Anzahl Teilnehmer	Projekt	Jahressumme	Vermiedene t CO_2	Investive Mittel[2]	30% Prämie für die Teilnehmer/innen	30% zur Haushaltsentlastung
1994/95	Schulprojekt	14	45.892 €	**45.892 €**	**348**	18.357 €	13.768 €	13.768 €
1996	Schulprojekt	57	213.724 €	**213.724 €**	**1.565**	85.490 €	64.117 €	64.117 €
1997	Schulprojekt	82	408.475 €	**408.475 €**	**2.852**	163.390 €	122.543 €	122.543 €
1998	Schulprojekt	98	362.849 €	**362.849 €**	**2.463**	145.140 €	108.855 €	108.855 €
1999	Schulprojekt	103	346.237 €		**2.482**			
	Kitaprojekt	12	9.231 €	**355.468 €**	**26**	142.187 €	106.640 €	106.640 €
2000	Schulprojekt	110	383.072 €		**1.572**			
	Kitaprojekt	35	20.532 €	**403.604 €**	**84**	161.442 €	121.081 €	121.081 €
2001	Schulprojekt[3]	111	656.512 €		**3.747**			
	Kitaprojekt	39	46.953 €	**703.465 €**	**182**	281.386 €	211.040 €	211.040 €
2002	Schulprojekt	102	412.865 €		**2.084**			
	Kitaprojekt	44	53.102 €	**465.967 €**	**199**	186.387 €	139.790 €	139.790 €
2003	Schulprojekt	100	478.035 €		**2.394**			
	Kitaprojekt	48	65.995 €	**544.030 €**	**243**	217.612 €	163.209 €	163.209 €
2004	Schulprojekt	83	405.850 €		**1.888**			
	Kitaprojekt	56	68.354 €	**474.204 €**	**255**	189.682 €	142.261 €	142.261 €
2005	Schulprojekt	77	350.937 €		**1.643**			
	Kitaprojekt	59	76.769 €	**427.706 €**	**262**	171.082 €	128.312 €	128.312 €
2006	Schulprojekt	76	336.299 €		**1.558**			
	Kitaprojekt	61	76.122 €	**412.421 €**	**297**	"164.968 €"	123.726 €	123.726 €
2007	Schulprojekt	75	420.618 €		**1.676**			
	Kitaprojekt	66	85.141 €	**505.759 €**	**288**	"202.304 €"	151.728 €	151.728 €
Summe				**5.323.564 €**	**28.108 t CO2**			

Anmerkungen

1) Die Anzahl der Schulen hat sich seit 2002 vor allem durch die die Regionsbildung und Schulreformen (Wegfall OS, Zusammenlegung HRS…) reduziert.

2) Ursprünglich 40 % der Einsparungen. Mit DS 0104/2006 wurde die Mittelhöhe von den Einsparungen gelöst **und** ein Festbetrag in Höhe von 250.000 € für Investitionen und Projektbetreuung eingeführt. Damit steht jetzt eine verlässliche Summe für die Jahresplanung zur Verfügung. Die angegebenen Beträge in der Tabelle für 2006 und 2007 entsprechen 40 % der Einsparung.

3) Abrechnungszeitraum 2001: Hoher Betrag, da der Abrechnungsturnus von der Heizperiode auf Kalenderjahr umgestellt wurde (1,5 Jahre)

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 0817/2009
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Sanierungsprogramm 2008
Sanierung und Erweiterung der Spielhalle Am Lister Kirchweg - Kostenerhöhung

Antrag,

der Fortsetzung der Sanierung mit zusätzlich erforderlichen Mitteln von 548.000 € infolge der in der Begründung aufgeführten Ursachen und der damit verbundenen Kostenerhöhung auf insgesamt 2,4 Mio. € zuzustimmen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Bei der Umsetzung der Maßnahme gibt es keine spezifische Betroffenheit. Die mit der Beschlussempfehlung verfolgte Zielsetzung wirkt sich in gleicher Weise auf Frauen und Männer aus.

Kostentabelle
Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen: (HMK = Haushaltsmanagementkontierung)

Investitionen	**in €**	**bei HMK (Deckungsring)/ Wipl-Position**	**Verwaltungs-haushalt; auch Investitions-folgekosten**	**in € p.a.**	**bei HMK (Deckungsring)/ Wipl-Position**
Einnahmen			**Einnahmen**		
Finanzierungs-anteile von Dritten			Betriebsein-nahmen		
sonstige Ein-nahmen			Finanzeinnah-men von Dritten		
Einnahmen insgesamt	0,00		Einnahmen insgesamt	0,00	
Ausgaben			**Ausgaben**		
Erwerbsaufwand			Personal-ausgaben		
Hoch-, Tiefbau bzw. Sanierung	548.000,00	2SB.08.01	Sachausgaben	35.700,00	2300.000-535000
Einrichtungs-aufwand			Zuwendungen		
Investitionszu-schuss an Dritte			Kalkulatorische Kosten		
Ausgaben insgesamt	548.000,00		Ausgaben insgesamt	35.700,00	
Finanzierungs-saldo	-548.000,00		**Überschuss/ Zuschuss**	-35.700,00	

Finanzierung

Die Deckung der Mehrkosten erfolgt aus dem Vermögensplan des Fachbereichs Gebäudemanagement aus dem Wirtschaftsjahr 2008, Position 2SB.08.01 Schulen, Sanierungsmaßnahmen.

Begründung des Antrages

Mit Drucksache 2832/2007 hat der Rat die Verwaltung beauftragt, die Sanierung der Spielhalle Am Lister Kirchweg und den Anbau einer Tribüne zu Gesamtkosten in Höhe von 1.852.000.- € durchzuführen.

Im Rahmen der Genehmigung der Maßnahme, der Ausschreibung der Leistungen und der baulichen Realisierung haben sich folgende Entwicklungen ergeben:

1. Durch die Aufhebung der Tariftreuebestimmung des Nds. Landesvergabegesetzes seitens des EuGH im April 2008 ergab sich die Notwendigkeit zur Neuausschreibung der bereits submittierten Rohbauarbeiten. Kostenerhöhung wegen veränderter Marktsituation: 135.000.-
2. Umfangreichere und längere Wasserhaltung als lt. Bodengutachten zu erwarten, umfangreiche Betonsanierungsbedarfe im erdberührten Bereich, Erfordernis zur Herstellung zusätzlicher Auflagertaschen und Fundamentbalken infolge fehlerhafter Bestandsunterlagen.
   Kostenerhöhung: 50.000.-

3. längere Gerüstvorhaltungszeiten wegen schlechter Witterungsbedingungen, Bereitstellung und Betrieb einer Baubeheizung.
   Kostenerhöhung: 35.000.-
4. Kompletterneuerung der Dachschalung infolge erst nach Abbruch der alten Dichtungsbahnen erkennbarer oberseitiger Schädigung und damit verbundener mangelhafter Tragfähigkeit; Herstellung einer Notentwässerung, zusätzliche Abbrucharbeiten bei Altschalung, Abdichtung, Dämmung.
   Kostenerhöhung: 45.000.-
5. über den ausgeschriebenen Leistungsumfang hinaus erforderliche zusätzliche Korrosionsschutzarbeiten am Dachtragwerk.
   Kostenerhöhung: 10.000.-
6. Anschaffung neuer Einbausportgeräte und umfangreicher Reparaturbedarf vorhandener Geräte wegen schlechten Zustands.
   Kostenerhöhung: 15.000.-
7. Herstellung einer lt. Genehmigung erforderlichen Regenwasserrückhaltungsanlage, Erneuerung und Reparatur defekter Grundleitungen.
   Kostenerhöhung: 50.000.-
8. Brunnenbau für Sportplatzbewässerung.
   Kostenerhöhung: 10.000.-
9. Ungünstigere Submissionsergebnisse bei Trockenbau, Fenster/Sonnenschutz, WDVS:
   Kostenerhöhung: 55.000.-
10. Ungünstigere Submissionsergebnisse bei Elektro und Sanitär:
    Kostenerhöhung: 30.000.-
11. Ungünstigere Submissionsergebnisse bei Garten- und Landschaftsbauarbeiten:
    Kostenerhöhung: 20.000.-
12. Erhöhung der Baunebenkosten infolge höherer anrechenbarer Kosten.
    Kostenerhöhung: 90.000.-

Die Mehrkosten sind unvorhergesehen, weil die vorstehend aufgeführten zusätzlichen Maßnahmen, die Entwicklung der Marktpreise, Genehmigungsauflagen und vergaberechtlichen Entwicklungen zum Zeitpunkt der Beschlussfassung nicht bekannt oder voraussehbar waren.

Ein Großteil der Mehrkosten wurde erst im Zuge der Umsetzung der ausgeschriebenen Leistungen im Rahmen von Nachtragstatbeständen erkenn- und quantifizierbar, da erst zu diesem Zeitpunkt der Umfang des überaus schlechten Zustands bislang unzugänglicher, z. B. erdbedeckter oder durch Rückbauarbeiten freigelegter Bauteile bekannt wurde.
Zum Teil waren die in den Bestandsunterlagen aufgeführten Bauteile nicht vorhanden oder abweichend hergestellt.

Die Mehrkosten sind unabweisbar, weil die Gesamtmaßnahme mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht abgeschlossen werden kann und sämtliche Möglichkeiten zur Gegensteuerung, z. B. durch Umplanung und/oder Reduzierung der Umfänge der ausgeschriebenen Leistungen ausgeschöpft sind.

Weitere Einschnitte bei den Leistungen würden zur partiellen oder gänzlichen Funktionsunfähigkeit des Gesamtwerks führen, und ergänzend dazu auch zu rechtlichen Auseinandersetzungen mit Auftragnehmern aus geltend gemachten Ansprüchen aus entgangenem Gewinn infolge Minderleistung.

Die bei der Umsetzung aufgedeckten Nachtragstatbestände führen zwingend zur

Notwendigkeit der Nachbeauftragung zusätzlicher Leistungen, damit die jeweiligen Arbeiten insgesamt fachgerecht ausgeführt und abgenommen werden können.

Eine grundlegende Umplanung erscheint im Licht der gewonnenen Erkenntnisse weder inhaltlich und zeitlich sinnvoll; noch lassen sich hierdurch Einspareffekte erkennen. Eine Unterbrechung der Arbeiten würde unabsehbare Folgen für die weitere Nutzbarkeit der Spielhalle nach sich ziehen und hätte nach Einschätzung der Verwaltung auch keinerlei Vorteile hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen.

19.PPP
Hannover / 15.04.2009

Landeshauptstadt Hannover

Informations-
drucksache

In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

Nr. 0675/2009
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Optimierung des Projektes Ökoprofit

Der Verwaltungsausschuss hat mit Drs. 1749/2008 beschlossen:
Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, das Projekt Ökoprofit auf Verbesserungsmöglichkeiten hin zu überprüfen, um die Beteiligung von Betrieben stärker auszuweiten. Begrüßenswert wäre beispielsweise eine Erleichterung der Teilnahmebedingungen, insbesondere bezüglich kleinerer Unternehmen mit geringeren Zeit- und Personalkapazitäten.

Die Verwaltung berichtet hiermit über das Ergebnis der beauftragten Prüfung wie folgt:

1. Sachstand
Das in Hannover seit 1999 durchgeführte Programm ÖKOPROFIT® - seit 2005 ein Gemeinschaftsprojekt mit der Region Hannover - wird unter den am Programm beteiligten Firmen und Institutionen sehr erfolgreich eingeschätzt. Durch das Programm wurde in den Betrieben eine Vielzahl von Umweltmaßnahmen initiiert und die Wirtschaftskraft der Firmen wurde durch die Kosteneinsparungen gestärkt. 102 Unternehmen wurden bisher betreut, und mit Abschluss der noch laufenden Runde wurde am 4. März 2009 der 95. Betrieb ausgezeichnet. Das Netzwerk ÖKOPROFIT-Klub, in dem sich bereits 49 Unternehmen beteiligt haben und das im ausklingenden Programm 2008/09 aus 31 Betrieben besteht, ist das größte seiner Art in Deutschland.

Genauso richtig ist aber auch die Einschätzung, dass ÖKOPROFIT in seiner bisherigen Form nur einen eingeschränkten Kreis von Unternehmen anspricht, vor allem nicht die kleineren Betriebe. ÖKOPROFIT ist ein Lizenzprodukt, das bestimmte Qualitätsvorgaben erfüllen muss und unter diesem Label nicht ohne Weiteres verändert werden kann. Das Programm umfasst die Behandlung aller Bereiche des betrieblichen Umweltschutzes. Dies erfordert bisher allein für die Workshops, die Beratungstage und für die abschließende Überprüfung einen zeitlichen Aufwand von sieben vollen Tagen, meistens für mehrere Personen. Dazu kommen die im Betrieb anfallenden Zeiten für Datensammlung, Analyse,

organisatorische Arbeiten und für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen. Hauptursache dafür, dass sich kleinere Betriebe nicht beteiligen, ist der Zeitaufwand, der oft für die Inhaberin bzw. den Inhaber entsteht. Der finanzielle Eigenanteil für kleine Betriebe an den Kosten beginnt bei 1.200 Euro.

Als eine Konsequenz wurde 2006 unter Federführung der Klimaschutzagentur Region Hannover die Kampagne e.co-Bizz gestartet (www.klimaschutz-Hannover.de/e_coBizz). Sie ist speziell auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zugeschnitten und hat bisher ca. 120 Unternehmen erreicht, von denen ca. 90 eine Förderung in Anspruch genommen und energiesparende Maßnahmen ausgelotet oder bereits umgesetzt haben. Das Programm ist jedoch anders als ÖKOPROFIT auf den Energiebereich beschränkt.

2. Verbesserungen bei ÖKOPROFIT, insbesondere für kleine Betriebe

Durch Änderung der Lizenzbedingungen wird in Hannover ab dem im März startenden Kampagnenjahr 2009 eine erleichterte Variante des ÖKOPROFIT-Einsteigermoduls für Betriebe ohne genehmigungsbedürftige Anlagen und mit höchstens 20 Mitarbeiter/inne/n angeboten.
Eine Beteiligung ist dann für diese Betriebe mit einem Beitrag von 750,- € möglich.
Sie erhalten statt der üblichen vier nur drei Beratungstermine im Betrieb und müssen an nur fünf der insgesamt neun Workshops teilnehmen.

3. Weiteres Vorgehen

Das Programm Ökoprofit wird 2009 wieder in Zusammenarbeit mit der Region Hannover fortgesetzt. Mit 19 angemeldeten Betrieben - darunter sind 5 Kleinbetriebe mit weniger als 20 Mitarbeitern - handelt es sich um die größte Ökoprofiteinsteigerrunde seit der Einführung des Programms 1999 in Hannover. Bei diesem hohen Zuspruch und solange die Nachfrage anhält sollte das Projekt auch in den nächsten Jahren durchgeführt werden.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Das Programm ÖKOPROFIT wendet sich unabhängig vom Geschlecht an alle Wirtschaftsteilnehmerinnen und –teilnehmer. In der Ökoprofit-Runde 2008/2009 waren von 44 Personen, die das Programm seitens der Firmen begleitet haben, 14 Frauen.

Kostentabelle

Das Programm hat zurzeit einen Jahresetat von ca. 150.000 Euro, von denen (für das Programm 2008/09) 74.350 Euro von den beteiligten Firmen, 25.000 Euro von der Region Hannover und 50.000 Euro von der Landeshauptstadt aufgebracht wurden. Für das nächstjährige Programm haben Regions- und Stadtverwaltung vereinbart, die Fördersumme auf 70.000 Euro zu begrenzen und jeweils 35.000 Euro aufzubringen, wenn entsprechende Mittel von den jeweiligen Gremien zum Haushalt beschlossen werden.

23.3
Hannover / 24.03.2009

Antrag
(Antrag Nr. 0315/2009)

Eingereicht am 06.02.2009 um 12:20 Uhr.

Ratsversammlung 26.02.2009

Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
"Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement"

Antrag zu beschließen:
Die Verwaltung wird aufgefordert, der Milleniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetags (siehe Anlage) beizutreten und im Sinne nachhaltigen kommunalen Engagements umzusetzen. Als Beitrag zur Umsetzung der Milleniums-Erklärung erfolgen durch die Verwaltung insbesondere nachstehende Maßnahmen:

1. Die Verwaltung weitet ihre Aktivitäten zur Information und Bewusstseinsbildung über die Milleniums-Entwicklungsziele in kommunalen Einrichtungen wie z.B. Schulen, Jugendzentren, Freizeitheimen sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit aus.

2. Die Verwaltung prüft Möglichkeiten zum Einsatz ´fair gehandelter Produkte´ in der Verwaltung, auf kommunalen Veranstaltungen, in Schulen, Kindergärten etc. und legt im September 2009 ein Konzept zur Umsetzung vor.

Begründung

Mit Unterzeichnung des 10-Punkte Programms der „Aalborg Commitments“ im Juni 2004 war die Landeshauptstadt Hannover die Verpflichtung zur tatkräftigen Unterstützung einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung eingegangen. Mit einem Beitritt zur Milleniums-Erklärung würde sie ihr Bekenntnis zu einem nachhaltigen Engagement bekräftigen. Damit würde sie folgende, von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 verabschiedeten Milleniums-Entwicklungsziele für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt begrüßen und in ihrem kommunalen Einflussbereich unterstützen:

Ziel 1: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger (Halbierung bis 2015)
Ziel 2: Primarschulbildung für alle
Ziel 3: Gleichstellung der Geschlechter / Stärkung der Rolle der Frauen
Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit

Ziel 5: Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter
Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
Ziel 7: Ökologische Nachhaltigkeit
Ziel 8: Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Während die Umsetzung dieser Milleniumsziele bis zum Jahr 2015 erfolgen sollte, wurde beim Entwicklungsgipfel der Vereinten Nationen im September 2008 in New York im Rahmen einer Bestandsaufnahme festgestellt, dass zur Umsetzung der Ziele eine Forcierung der Maßnahmen erforderlich ist. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat deshalb die internationale Gemeinschaft aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut zu intensivieren. Neben finanziellen Mitteln für Maßnahmen brauchen die Millennium-Entwicklungsziele allerdings auch mehr Öffentlichkeit, unter anderem durch die Kommunen. Daher ruft der Deutsche Städttag die Mitgliedskommunen auf, die Milleniums-Erklärung mitzutragen. Mehr als 70 deutsche Städte und Gemeinden haben die Millennium-Erklärung des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes oder der Weltunion der Kommunen bereits unterzeichnet und dadurch ihr Bekenntnis zu nachhaltigem kommunalem Engagement bekräftigt.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

18.60
Hannover / 10.02.2009

Deutscher Städtetag

Millenniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetages

Die Stadt

Begrüßt die von den Vereinten Nationen im Jahre 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals MDGs) für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt,

Betont, dass sich die Verpflichtungen aus der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zwar in erster Linie an die Regierungen der 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen richten, die die Erklärung unterschrieben haben,

Äußert aber gleichwohl ihren Willen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele mitzuwirken und

Will in diesem Sinne prüfen, inwieweit folgende Aktivitäten realisiert werden können:

I. Maßnahmen der Information und Bewusstseinsbildung

- Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Aktionen Dritter mit dem Ziel, die Information über die Millenniums-Entwicklungsziele in der Bevölkerung zu verbreitern und somit das Bewusstsein für die damit angesprochenen Probleme zu wecken und Denkanstöße zu geben

- Förderung von Dialog und Zusammenarbeit mit ausländischen Mitbürgern/innen, insbesondere aus den Weltregionen, auf die sich die Anstrengungen der

Millenniums-Entwicklungsziele richten, in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken, Museen, Volkshochschulen, Freizeiteinrichtungen), um so durch direkte Kontakte ein für viele Mitbürger/innen vergleichsweise abstraktes Thema begreiflicher zu machen

II. Maßnahmen der Vernetzung und Konzentration von Aktivitäten

- Werbung für und Unterstützung eines breiten Bündnisses von lokalen Akteuren (Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Universitäten, örtliche Wirtschaft und örtliches Handwerk, Kirchen usw.), um den Bestrebungen und Aktivitäten zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele eine möglichst breite Verankerung und Beständigkeit zu geben.

- Ausrichtung der kommunalen Partnerschaftsarbeit auf Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (z. B. Aufnahme des Themas in die Arbeitsprogramme mit den Städtepartnern und Austausch über Aktivitäten in den Partnerkommunen bzw. Durchführung gemeinsamer Aktionen)

III. Maßnahmen zur Förderung einer global denkenden und in diesem Sinne Verantwortung übernehmenden Kommunalpolitik

- Überprüfung des eigenen kommunalen Handelns auf Verhaltensmuster, die dem Grundsatz der Einen Welt verpflichtet sind und die damit auch die allgemeine Grundlage der Millenniums-Entwicklungsziele unterstützen (z.B. Einsatz fair gehandelter Produkte in der Verwaltung, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und auf kommunalen Veranstaltungen, faires und nachhaltiges Beschaffungswesen in den Bereichen Energie, Baustoffe, Dienstbekleidung, Bürobedarf, Einsatz energiesparender Fahrzeuge, Maßnahmen zur Energieeffizienz usw.)

IV. Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen in den Ländern des Südens

- Erweiterung des bestehenden Partnerschaftsnetzes auf Dreieckspartnerschaften mit einer oder mehrerer Kommunen aus EU-Ländern und einer Kommune aus den Ländern des Südens

- Förderung starker, selbstverwalteter Kommunen in den Entwicklungsländern durch Unterstützung des kommunalen fachlichen Wissenstransfers im Rahmen des Einsatzes von kommunalen Experten/innen in kommunalen Entwicklungsprojekten erfahrener Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit

Ist der Überzeugung, dass das kommunale Engagement im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele auch dazu beitragen kann, der wachsenden Armutswanderung nach Europa entgegenzuwirken

Fordert die Bundesregierung auf, den Willen der Kommunen, ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu leisten, anzuerkennen und sie stärker als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen

Ort Datum Titel, Funktion, Unterschrift

Antrag

(Antrag Nr. 0881/2009)

Eingereicht am 22.04.2009 um 15:00 Uhr.

Schulausschuss, Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, Gleichstellungsausschuss, Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen, Organisations- und Personalausschuss, Verwaltungsausschussl

---

Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0315/2009 - Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement)

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

3.
Das Umsetzungskonzept wird unter der Prämisse erstellt, dass durch den Einsatz "fair gehandelter Lebensmittel" in den Schulen und Kindertagesstätten für die Eltern keine Mehrkosten entstehen.

Begründung

Heutzutage sind weitere Mehrkosten für viele Eltern nicht mehr bezahlbar und daher nicht erwünscht.

Kerstin Seitz
Stellv. Vorsitzende

Hannover / 23.04.2009

CDU-Fraktion

(Antrag Nr. 0757/2009)

Eingereicht am 02.04.2009 um 14:45 Uhr.

Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, Ausschuss für Haushalt, Finanzen- und Rechnungsprüfung, Stadtentwicklungs- und Bauausschusss, Verwaltungsausschuss

---

Antrag der CDU-Fraktion zum Messe- und Kongressgeschäft in der Landeshauptstadt Hannover

Antrag zu beschließen:
Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept zur dauerhaften Optimierung des Messe- und Kongressgeschäfts in der Landeshauptstadt Hannover vorzulegen. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Erhalt und Nutzung des Kuppelsaals im Hannover Congress Centrum.
2. Überprüfung von Möglichkeiten der anderen Aufteilung des Kongress- und Messegeschäfts zwischen der Deutschen Messe AG und dem Hannover Congress Centrum.
3. Prüfung der Machbarkeit den Kuppelsaal in einen Konzertsaal umzubauen.
4. Prüfung der vollständigen Aufgabe des Standortes Hannover Congress Centrum, mit Ausnahme des Kuppelsaals, sowie die Zuführung des Geländes einer anderen städtebaulichen Nutzung zur Finanzierung von Punkt 3. unter Berücksichtigung des Parkplatzbedarfes.
5. Prüfung einer möglichen Zusammenarbeit der gastronomischen Aktivitäten zwischen der Deutschen Messe AG und dem Hannover Congress Centrum.

Begründung:
Die Landeshauptstadt Hannover hat vielfältige Kapazitäten zur Ausrichtung von Messen und Kongressen. Derzeit findet der Großteil der Messen und Kongresse auf dem Messegelände sowie im Hannover Congress Centrum Stadt. Um das Messe- und Kongressgeschäft in Hannover optimieren und im nationalen sowie internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben zu können ist es sinnvoll ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Auch vor dem Hintergrund, dass mit dem Neubau des Herrenhäuser Schlosses, ein weiterer Wettbewerber auf dem hannoverschen Kongressmarkt vertreten sein wird, ist die Erarbeitung eines Konzeptes erforderlich.

Rainer Lensing
Vorsitzender

Hannover / 03.04.2009

CDU-Fraktion

(Antrag Nr. 0693/2009)

Eingereicht am 24.03.2009 um 14:00 Uhr.

Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, Verwaltungsausschuss

---

Antrag der CDU-Fraktion zur Umfrage Weihnachtsmarkt

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, bei der geplanten Umfrage unter den Beschickern des Weihnachtsmarktes alle Aussteller des Vorjahres, den Landesverband Niedersachsen-Süd der Markt- und Schaustellerbetriebe e.V. sowie den Schaustellerverband Niedersachsen e.V. mit zu berücksichtigen.

Begründung:

Entgegen den Aussagen, die Herr Mönninghoff in der Beantwortung einer Anfrage zu den Öffnungszeiten des Weihnachtsmarktes in der Ratsversammlung am 26.02.2009 machte, gibt es anderslautende Informationen und Meinungsbekundungen von Seiten der Schausteller. Diese sollen durch die Einbeziehung aller Beteiligten dokumentiert werden.

Rainer Lensing
Vorsitzender

Hannover / 24.03.2009

Landeshauptstadt Hannover

b

An den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten (zur Kenntnis)
In den Verwaltungsausschuss

1. Stellungnahme
Nr. 0693/2009 S1
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion zur Umfrage Weihnachtsmarkt

Zum Antrag der CDU-Fraktion (0693/2009) nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Wie bereits in der Ratssitzung am 26.02.2009 angekündigt, hat die Verwaltung zunächst eine Abstimmung mit dem Kirchenvorstand der Marktkirchengemeinde vorgenommen. Mit der Kirchengemeinde besteht Einigung, dass der Weihnachtsmarkt um einen Tag verlängert wird (der 23.12.). Eine Ausdehnung des Marktes über Weihnachten hinaus, wird jedoch abgelehnt. Diese Aussage ist auch in Abstimmung mit der Landesbischöfin, Frau Dr. Käßmann, getroffen worden.

Eine Umfrage ist daher aus Sicht der Verwaltung nicht sinnvoll, weil kein Spielraum für eine weitere Verlängerung vorhanden ist

Die Verwaltung wird die Verbände demnächst darüber entsprechend informieren.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

23.4
Hannover / 21.04.2009

Antrag
(Antrag Nr. 0444/2009)

Eingereicht am 26.02.2009 um 11:18 Uhr.

Ratsversammlung 19.03.2009

Antrag der CDU-Fraktion zur Nachnutzung des EXPO-Geländes

Antrag, zu beschließen
Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Verwaltung auf, ein neues, an die Realität angepasstes Nachnutzungskonzept für das EXPO-Gelände vorzulegen.

Begründung
Ursprünglich sah die Planung vor, das ehemalige EXPO-Gelände als Medien- und IT-Standort zu gestalten und schloss eine Nutzung durch Einzelhandel kategorisch aus. Nach und nach wurden jedoch Ausnahmen für die Firmen Decathlon, IKEA, BMW, Ferrari und nun auch Möbel Staude gemacht. Darüber hinaus sind erhebliche Kosten für die Instandhaltung der Infrastrukltur des Geländes entstanden. Um diese künftig zu vermeiden und Planungssicherheit zu ermöglichen, ist ein neues Nutzungskonzept erforderlich.

Rainer Lensing
Vorsitzender

18.60
Hannover / 03.03.2009

Gruppe Hannoversche Linke.

(Antrag Nr. 0540/2009)

Eingereicht am 09.03.2009 um 13:44 Uhr.

Ratsversammlung

**Antrag der Gruppe Hannoversche Linke. zum Gartenhaus -
Liegenschaft Am Judenkirchhof 11 c**

Antrag

Gartenhaus - Liegenschaft Am Judenkirchfriedhof 11 c

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Hannover kauft vom Land Niedersachsen die Liegenschaft „Gartenhaus" Am Judenkirchfriedhof 11 c .

2. Die Landeshauptstadt Hannover entwickelt gemeinsam mit dem Bezirksrat, den Förderverein - und Verein Gartenhaus e.V., Verbänden und Interessierten ein Nutzungs-und Sanirungskonzept für das Gartenhaus.

Begründung

Seit 1976 existiert das Gartenhaus in der Nordstadt als Ort für soziale und kulturelle Begegnung. Als bekannte Institution im Stadtteil soll mit dieser Maßnahme ein Beitrag der Landeshauptstadt geleistet werden, um vor allem Menschen in prekären Lebenslagen weiterhin einen Treffpunkt anbieten zu können.

Luk List, Ratsherr
-Gruppenvorsitzender-

Hannover / 11.03.2009

Antrag
(Antrag Nr. 0838/2009)

Eingereicht am 17.04.2009 um 10:21 Uhr.

Kulturausschuss, Sozialausschuss, Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

---

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Drucks. Nr. 0540/2009 (Gartenhaus - Liegenschaft am Judenkirchhof 11c)

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt **geändert**:

1. **entfällt**

2. wird wie folgt neugefasst:
Die Landeshauptstadt Hannover entwickelt gemeinsam mit dem Bezirksrat, **interessierten** Verbänden**, Bürgern und dem Eigentümer** ein Nutzungs- und Sanierungskonzept für das Gartenhaus.

Begründung

Die **Begründung** wird, wie folgt ergänzt**:**

Seit 1976 existiert das Gartenhaus in der Nordstadt als Ort für soziale und kulturelle Begegnung. Als bekannte Institution im Stadtteil soll mit dieser Maßnahme ein Beitrag der Landeshauptstadt geleistet werden, um vor allem Menschen in prekären Lebenslagen weiterhin einen Treffpunkt **anzubieten, den Standort der derzeit größten Bibliothek für iranische Literatur in Deutschland zu sichern und ein markantes Bauwerk zu erhalten.**

Rainer Lensing
Vorsitzender

Hannover / 17.04.2009

Fraktion DIE LINKE.

(Antrag Nr. 0361/2009)

Eingereicht am 13.02.2009 um 12:20 Uhr.

Ratsversammlung 26.02.2009

Antrag der Fraktion DIE LINKE. für ein Konzept zur Lärmminderung am Flughafen Hannover

Antrag

Die Landeshauptstadt Hannover als Anteilseignerin der Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH wird aufgefordert, die Geschäftsführung der Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH anzuweisen, bis zum Dezember 2009 ein Konzept zur Lärmminderung vorzulegen. Das Konzept soll sicherstellen, dass die Belastung der Anwohner deutlich unter der Gesundheitsgefährdungsgrenze liegt.

Begründung

Der Flughafen Hannover-Langenhagen ist durch mehrfachen Ausbau in den vergangenen Jahren immer dichter an die vorhandene Wohnbebauung herangerückt. Gleichzeitig wurde der Nachtflugverkehr so stark ausgebaut, dass die Belastung der Anwohner zwischenzeitlich die Grenzen der Gesundheitsgefährdung überschreitet. Hierfür sind in erste Linie die hohen Spitzenpegel verantwortlich, die sich wegen der unmittelbaren Stadtnähe besonders auswirken. Gleichzeitig muss die Bevölkerung neben den gesundheitlichen Belastungen auch noch eine Wertminderung von bis zu 30 Prozent des Marktwertes ihres Wohneigentums in Kauf nehmen.

Die rot-grüne Mehrheitsfraktion hat in den vergangenen Jahren die Gesundheitsgefährdung und erhebliche wirtschaftlichen Nachteile großer Teile der Bevölkerung billigend in Kauf genommen und stattdessen eine Politik zugunsten des Flugverkehrs und geringer ökonomischer Vorteile einiger Airlines unterstützt.

Es wird Zeit, dass die Stadt als Miteigentümerin des Flughafens auch ihrer sozialen Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber gerecht wird. Die im Jahre 2009 auslaufenden Regelungen für den Nachtflug sind ein geeigneter Zeitpunkt, dass sich die Flughafeneigentümer zu ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bekennen und aus eigener Initiative aktiv eine Lärmminderungsplanung vorlegen, die eine Belastung der Bevölkerung unterhalb der medizinischen Schädigung sicher stellt.

Oliver Förste
Stell.Fraktionsvorsitzender

Hannover / 13.02.2009

Fraktion DIE LINKE.

(Antrag Nr. 0803/2009)

Eingereicht am 08.04.2009 um 14:37 Uhr.

Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten

---

Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Anhörung zu den Zukunftskonzepten der Deutschen Messe AG und des Hannover Congress Centrums (HCC)

Antrag zu beschließen:

Der Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten führt eine Anhörung zu den Zukunftskonzepten der Deutschen Messe AG und des Hannover Congress Centrums (HCC) durch. Die Verwaltung wird beauftragt, jeweils Vertreter der Geschäftsführungen beider Beteiligungsgesellschaften als Berichterstatter dazu einzuladen.

Begründung:

Die Verwaltung der Stadt Hannover hat angekündigt, eine Kapitalerhöhung ihrer Beteiligungsgesellschaft Deutsche Messe AG in Höhe von 125 Millionen Euro durchführen zu wollen. Diese Summe solle der „Zukunftssicherung“ dienen, hieß es zur Begründung, und durch erneute Kreditaufnahme aufgebracht werden. Wenn die Verwaltung die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit solch hohen Zins- und Tilgungsverpflichtungen belasten will, muss der Empfänger der Millionensumme die verantwortlichen Politiker über die zukünftige Verwendung und ein damit einher gehendes Konzept vorher umfassend unterrichten.

Zwischen der Deutschen Messe AG und dem HCC besteht außerdem eine Konkurrenzsituation bezüglich der Ausrichtung von Kongressen und Großveranstaltungen. Deshalb besteht auch in punkto HCC die Notwendigkeit, den gewählten Vertretern im Rat ein Zukunftskonzept darzulegen.

Hannover, den 8. April 2009

Michael Höntsch
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 09.04.2009